

## INHALT

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	353
Zur Lohn- und Einkommensteuersenkung 1975	360
Ernährungsausgaben und Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten	367
Energieprognose bis 1985	378
Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen	

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Anhaltend kräftiges, jedoch zunehmend differenziertes Wirtschaftswachstum — Leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt — Schwächere Nachfrage nach Transportleistungen und Energie — Rückgang der Übernachtungen — Neuer Preisschub im Großhandel**

Anhaltend kräftiges Wachstum und unverändert starker Preisauftrieb bestimmten auch im Frühsommer die österreichische Konjunkturlage; Entspannungstendenzen in Teilbereichen differenzieren die Entwicklung jedoch zunehmend: Im weltweit stagnierenden Reiseverkehr dürfte Österreich erstmals Marktanteile verloren haben, das Transportgewerbe stagniert, der Geschäftsgang des Einzelhandels läßt allmählich nach. Der Bedarf an Arbeitskräften wächst langsamer und hat sich ohne Schwierigkeiten dem durch die Gastarbeiterpolitik beschränkten Angebot angepaßt, die Arbeitszeit in der Industrie sinkt. Andererseits erzielt der Außenhandel nach wie vor Rekordzuwachsrate — wenn das Expansionstempo seit Jahresbeginn auch etwas nachgelassen hat — und die Industrieproduktion wächst erheblich rascher als im langjährigen Durchschnitt. Auch die Preise entwickeln sich differenzierter: Die Hausse auf den Rohwarenmärkten ist allmählich zum Stillstand gekommen, Rohstoffe und Nahrungsmittel wurden zum Teil sogar billiger; auf der Verbraucherstufe wurde die Teuerung durch billigere landwirtschaftliche Saisonwaren und die Aufschiebung von Tariferhöhungen gedämpft. Im Großhandel hingegen setzte ein neuerlicher Preisschub ein, der in den nächsten Monaten wohl auch auf die Verbraucherpreise durchschlagen wird.

Die günstige — wenn auch allmählich etwas differenziertere — Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Frühsommer verschärfte den Gegensatz zur Konjunktur in den meisten anderen Industriestaaten; die Abschwächungstendenzen der internationalen Konjunktur haben sich seit Jahresbeginn eher verstärkt: Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer ist auf ein Drittel des vorjährigen gesunken, in den USA und in der BRD ist die Produktion im ersten Halbjahr kaum noch gewachsen, die englische ist niedriger als im Vorjahr; Auftragseingänge, Nachfragetendenz und Wirtschaftspolitik lassen keine rasche Wende erwarten. Die Arbeitslosenraten haben allgemein steigende Tendenz, einige Staaten kämpfen mit ernststen Zahlungsbilanzproblemen. Der weltweite Preisauftrieb beschleunigt sich trotz der Nachfrageschwäche weiter: Im OECD-Durchschnitt steigen die Verbraucherpreise um 1¼% pro Monat und waren zuletzt um 12½% höher als ein Jahr zuvor. Die Inflation beginnt sich jedoch regional stärker zu differenzieren: Einer Gruppe von fünf Ländern, Deutschland, Schweden, Norwegen, den Niederlanden und der Schweiz, gelang es, unter der 10%-Marke zu bleiben, wobei die Preise vor allem in den ersten drei Ländern deutlich sinkende Tendenz zeigen; in den USA, Kanada, Frankreich und Belgien liegt die Inflation zwischen 10% und 15%, in Großbritannien,

Italien, Dänemark und Finnland zwischen 15% und 20%; Japan und einige südeuropäische Länder haben die 20%-Marke bereits überschritten.

Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hat sich der außerordentlich starke *Beschäftigtenzuwachs*, der für das letzte Jahr charakteristisch war, deutlich verlangsamt. Ende Juli wurden 2 676 100 Arbeitskräfte gezählt, nur noch um 41.500 (1½%) mehr als im Vorjahr; der Zuwachs war nicht einmal halb so hoch wie vor einem Jahr. Wenigstens zum Teil scheint das eine Verknappung des Angebotes zur Ursache zu haben: Zwei Drittel der Beschäftigtensteigerung entfielen auf Frauen, die aus dem inländischen Erwerbspotential mobilisiert werden konnten, und die Zahl der Gastarbeiter hat sich in den letzten Monaten auf einem Niveau von rund 220.000 stabilisiert (im Juli waren 222.000 Ausländer beschäftigt, um 15.100 weniger als im Vorjahr). Einzelgenehmigungen wurden heuer viel restriktiver gehandhabt und nur noch dann ausgestellt, wenn die Arbeitskräfte im Ausland angeworben wurden; die Zahl der im Kontingentverfahren eingestellten Fremdarbeiter hat seit dem Vorjahr noch geringfügig zugenommen (+1 100).

Zugleich mit dem Angebot dürfte aber auch die Nachfrage nach Arbeitskräften abgenommen haben, so daß die Verknappung des Angebotes die Anspannung des Arbeitsmarktes nicht weiter verstärkte. Das Angebot *offener Stellen* geht seit der Jahreswende deutlich zurück. Ende Juli wurden von den Arbeitsämtern 64 300 unbesetzte Arbeitsplätze angeboten, um 6 700 (9½%) weniger als vor einem Jahr. Damit ist der Nachfragedruck zwar etwas schwächer geworden, bleibt jedoch weiterhin beachtlich: Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält noch immer auf dem hohen Niveau des Jahres 1972, und die Zahl der *Arbeitslosen* ist weiterhin außerordentlich gering; Ende Juli waren 24 600 Stellensuchende vorgemerkt, um 2.500 weniger als im Vorjahr. Eine leichte Zunahme der Zahl der arbeitslosen Männer (+900 auf 4.600) wurde durch rückläufige Arbeitslosigkeit der Frauen mehr als ausgeglichen. Bloß in den Holz-, Metall-, Bau- und Fremdenverkehrsberufen waren etwas mehr Arbeitslose vorgemerkt als im Vorjahr, überall anders weniger.

**Arbeitsmarkt**

	Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Stand Ende Juli 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr			
	1 000 Personen			
Beschäftigte	+42 4	+46 3	+41 5	2 676 1
Arbeitslose	+ 1 0	- 1 5	- 2 5	24 6
Offene Stellen	- 4 8	- 7 3	- 6 7	64 3

Die Industrieproduktion wuchs im Juni unvermindert kräftig: insgesamt wurde um 4½%, je Arbeitstag um 9½% mehr erzeugt als im Vorjahr. Anders als in den Vormonaten wurde die Industriekonjunktur nicht allein von der Investitionsgüterindustrie, sondern zunehmend auch von der Konsumgüterindustrie getragen; bloß der Bergbau-Grundstoffsektor blieb im Wachstum zurück.

Innerhalb der *Investitionsgüterindustrien* (+10½%) lag der Schwerpunkt des Produktionswachstums weiterhin bei den fertigen Investitionsgütern, doch konnten Baustoffe und die Vorprodukte kräftig aufholen. Die Produktion der Eisen- und Metallwarenindustrie wurde erheblich ausgeweitet (+26½%), Metallhütten und Fahrzeugindustrie konnten ihre Produktion hingegen nicht über das Vorjahresniveau erhöhen. Das ungewöhnlich starke Ansteigen der *Konsumgüterproduktion* (+10%) ist in erster Linie kräftigen Produktionssteigerungen der langlebigen Konsumgüter (+15%) und der Verbrauchsgüter (+14%) zu danken. Aber auch die Nahrungs- und Genußmittel- sowie die Bekleidungsindustrie erholten sich nach den ungünstigen Mai-Ergebnissen wieder. Im *Bergbau-Grundstoffsektor* (+5½%) kompensierte die starke Ausweitung der Magnesiumproduktion (+17%) schwächere Produktionszuwächse der Bergwerke. Der Grundstoffbereich (+5%) war vom Gegensatz zwischen dem Nachfrageboom nach chemischen Produkten sowie Papier und der nachfragebedingt gedrosselten Erdölförderung und -verarbeitung (-12½%) gekennzeichnet.

**Industrieproduktion je Arbeitstag**

	Mai 1974	Juni 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Bergbau und Grundstoffe	+ 5 6	+ 5 5
Investitionsgüter	+11 0	+10 7
Konsumgüter	+ 5 2	+10 0
Industrieproduktion ohne Elektrizität	+ 7 4	+ 9 6
Elektrizität	+ 1 9	+ 4 6
Industrieproduktion	+ 7 0	+ 9 3

Die Nachfrage nach Energie nahm im Juni bloß wenig zu, differenzierte sich jedoch deutlich: Der Strombedarf stieg nach der Stagnation im milden und kurzen Winter (Jänner bis April +2%) im Mai (+8½%) und Juni (+6%) temperaturbedingt merklich an. Die Erzeugungsbedingungen für Wasserkraftwerke waren im Juni etwas ungünstiger als im langjährigen Durchschnitt, dank der größeren Kapazität lieferten die hydraulischen Werke aber 2½% mehr Strom. Die Stromerzeugung in den kalorischen Anlagen wurde um 9% erhöht, Kraftwerke mit Heizölfeuerung wurden zu Lasten solcher mit Erdgas- oder Kohlefeuerung geschont.

Die Nachfrage nach *Mineralölprodukten* sank um 16% (1. Halbjahr —13%), weil die Verbraucherlager hoch waren und der Verbrauch weiter sank. Die Treibstoffnachfrage war um 9% (1. Halbjahr 5%) niedriger als im Vorjahr, obschon auch damals Preis-erhöhungen die Nachfrage drückten. Die starke Ver-teuerung hat die Österreicher zu Verbrauchsein-schränkungen gezwungen, und das schlechte Ur-laubswetter verringerte den Bedarf ausländischer Touristen. Der Heizölbedarf ging um 20% (1. Halb-jahr —17%) zurück; steuerbegünstigtes Heizöl (Gas-öl für Heizzwecke) wurde um 20% mehr abgesetzt — vor allem, weil eine temporäre Preissenkung Käufe während der Sommermonate begünstigte —, andere Heizölsorten wegen geringerer Käufe der E-Wirt-schaft um 24% weniger.

#### Energieverbrauch

	Mai 1974	Juni 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Kohle . . . . .	- 1 6	.
Elektrizität <sup>1)</sup> . . . . .	+ 8 6	+ 5 9
Erdölprodukte . . . . .	-19 3	-16 0
Erdgas . . . . .	+24 7	.

<sup>1)</sup> Gesamtwasserversorgung Wasser- und Wärmekraft ohne Pumpstrom

Die *Landwirtschaft* konnte die Getreideernte größtenteils bis Mitte August abschließen. Soweit sich bisher sehen läßt, sind die Erträge — entgegen früheren Erwartungen — sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht gut bis sehr gut Hin-gegen brachten (nach den Ermittlungen des Statisti-schen Zentralamtes) Kirschen, Weichseln und Ananas-erdbeeren heuer schwächere Erträge als im Vorjahr; die Ribiselerte fiel etwas besser aus. Der erste Schnitt trug durchwegs höhere Futtermengen ein als im Vorjahr (Wiesenheu +9%), die Feldgemüseernte wird schwächer eingeschätzt. Die *Marktproduktion* an Weizen war im Wirtschaftsjahr 1973/74 nach den jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnissen um 8% höher, an Roggen um 5% niedriger als 1972/73 (Brot-getreide insgesamt +4%)

*Fleisch* wurde im Juni um 9½% mehr erzeugt als im Vorjahr (Schweinefleisch +½%, Rindfleisch +28½%), im Inland jedoch um 4% weniger angebo-ten, da weniger importiert (—69%) und sehr viel mehr exportiert wurde (2.485 t gegen 86 t im Vorjahr, als Italien und Deutschland die Importe für Klauen-tiere aus Österreich sperrten). Die Schlachtstier-preise ab Hof waren um 11% niedriger als im Juni 1973. *Milch* übernahmen die Molkereien im Juni um 2½% mehr als im Vorjahr, die Butter- und Käse-erzeugung wurde um 3% und 8% gesteigert.

Im Zuge der Anhebung des Sparzinsfußes auf 5% wurden die Bedingungen für geförderte Agrar-

investitionskredite geändert: Für neu abgeschlossene Agrarinvestitionskredite beträgt der Zinsfuß für Dar-lehensnehmer nunmehr 5%. Die zusätzlichen Be-lastungen für aushaftende Agrarinvestitionskredite werden vom Bund übernommen.

#### Landwirtschaft

	Marktproduktion <sup>1)</sup>	
	Mai 1974	Juni 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Rindfleisch . . . . .	+30 3	+28 4
Kalbfleisch . . . . .	+13 5	+ 2 5
Schweinefleisch . . . . .	- 7 7	+ 0 5
Jungmasthühner . . . . .	+ 7 4	+ 2 8
<i>Fleisch insgesamt</i> . . . . .	+ 6 4	+ 9 3
Milch . . . . .	+ 3 7	+ 2 5
Brotgetreide <sup>2)</sup> . . . . .	+ 4 0	+ 3 8

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse — <sup>2)</sup> Kumulierter Wert seit Beginn des Wirtschaftsjahres (1. Juli 1973).

Die Nachfrage nach *Güterverkehrsleistungen* wuchs im Juni nicht mehr so kräftig wie in den vorangegangenen Monaten; insbesondere im Binnen-verkehr ließ der Bedarf fühlbar nach. Die gesamte Güterverkehrsleistung der Bundesbahnen lag noch um 5½% über der des Vorjahres, ohne Transit war sie jedoch bereits um 3½% schwächer. Die für Ein- und Ausfuhr transportierte Gütermenge war um 10% und 7½% höher als im Juni 1973, der Transport-bedarf im reinen Binnenverkehr (Leistungsdaten feh-len) muß stark gesunken sein. Für Binnenverkehr und Export gemeinsam wurden 6½% weniger Wagen be-nötigt als im Vorjahr, insbesondere weniger für Bau-stoff-, Kohlen-, Koks- und Kunstdüngertransporte (je-weils —14%). Im Transit lag die Verkehrsleistung (n-t-km) um 33½% und die Gütermenge um 19% höher. Im Donauverkehr beförderten die österrei-chischen Schifffahrtsgesellschaften 2½% mehr Güter als 1973. Der Zuwachs beruht auf höheren Transporten über Passau (+39%), über Hainburg ging das Fracht-aufkommen um 14% zurück. Die Nachfrage im Bin-nenverkehr stieg um 9%, im Donau-Seeverkehr (men-genmäßig unbedeutend) um 48%. Mehr Transport-raum wurde vor allem für Erze, Bleche und Eisen-waren benötigt. Der Luftfrachtverkehr nahm um 4% zu, einschließlich des stark wachsenden Transits (+53½%) um 12½%. Der Güter-Straßenverkehr dürfte auf Grund des Treibstoffverbrauches besten-falls stagniert haben. Die Nachfrage nach fabrikneuen Lastkraftwagen war um 2% niedriger als im Vorjahr.

Der *Personenverkehr* mit öffentlichen Verkehrsmitteln stagnierte im Juni auf dem Vorjahrsniveau. Ein leich-ter Rückgang im Bahnverkehr wurde durch höhere Leistungen im Überland-Omnibusverkehr und im Luftverkehr ausgeglichen. Der Individualverkehr, für den Leistungsdaten fehlen und der nur an Hand des Treibstoffverbrauches beurteilt werden kann, dürfte

— insbesondere wegen des schwachen Fremdenverkehrs — unter dem Vorjahrsstand geblieben sein. Allerdings muß die Kilometerleistung nicht parallel zum Treibstoffverbrauch gesunken sein, da Tempobeschränkungen und ökonomischere Fahrweise (als Folge der höheren Treibstoffkosten) den kilometer-spezifischen Benzinverbrauch senken können. Die Nachfrage nach fabrikneuen Personenkraftwagen schwächte sich weiter ab und war um 15% niedriger als im Juni 1973 (Mai —11%, April —5%). Die Nachfrageschwäche betraf diesmal auch Fahrzeuge mit niedrigerem Hubraum, der absolut wie auch relativ stärkste Rückgang trifft jedoch weiterhin die obere Mittelklasse (1½ bis 2 l). Von den 2.618 Personenkraftwagen, die weniger nachgefragt wurden als im Vergleichszeitraum 1973, entfielen 74% auf die obere und 19% auf die untere Mittelklasse (1 bis 1½ l). Vorläufigen Marktberichten zufolge soll die Nachfrage vor allem nach Mittelklassewagen im Juli und August lebhafter geworden sein.

**Verkehr**

	Mai 1974	Juni 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Güterverkehr n-t-km (Bahn und Schiff)		
Beförderte Personen (Bahn und Omnibusse)	+ 5 0	
Neuzulassungen von Personenkraft- wagen (einschl. Kombi-Fahrzeuge)	-10 9	-15 1

Der **Fremdenverkehr** entwickelte sich im Juni recht ungünstig: Die Nächtigungen waren insgesamt um 26½% niedriger als im Vorjahr, der Rückgang fiel bei Ausländern (—30%) kräftiger aus als bei Inländern (—9%). Privatquartiere (—38%) waren vom Rückgang der Ausländernachtigungen viel stärker betroffen als gewerbliche Betriebe (—25%), billigere Gewerbebetriebe stärker als teurere (Gesamtnachtigungen Hotelkategorie C und D —29½%, B —9½%, A —9%). Die Deviseneinnahmen waren um 25½% niedriger als im Vorjahr, ein Wert, der im Gegensatz zu denen der vorangegangenen Monate nicht unplausibel ist (Preissteigerung +11%, implizite reale Ausgaben je Nächtigung —4½%). Die dem Reiseverkehr zugerechneten Devisenausgaben waren um 5½% höher als im Vorjahr, gleichfalls weniger als in den vorangegangenen Monaten.

Der schwache Reiseverkehr im Juni dürfte eine Reihe von Ursachen haben, teils vorübergehenden, teils längerfristigen Charakters. In die erste Gruppe gehört zweifellos die Verschiebung des *Ferienbeginns in Nordrhein-Westfalen* (im Vorjahr Mitte Juni, heuer Ende Juli), woher 30% aller deutschen Sommerurlauber und ein Viertel aller österreichischen Auslandstouristen stammen. Berücksichtigt man, daß der Anteil der Gäste aus Nordrhein-West-

falen während ihrer Ferien noch größer ist (50% der deutschen Gäste) und etwa die Hälfte der Urlauber an die Schulferien gebunden ist, wäre es ohne Ferienverschiebung bloß zu einem Rückgang der deutschen Nächtigungen um 8% (tatsächlich um 31%) und der gesamten Ausländernachtigungen um 12½% (tatsächlich 30%) gekommen. Die Verschiebung ist daher der wichtigste, wenn auch nicht der einzige Grund für die Abschwächung. Als weiterer Faktor ist das *ungünstige Wetter* im Juni (und auch in der ersten Juli-Hälfte) zu erwähnen; Urlauber, die nicht fix bestellt hatten, zogen witterungssichere Gebiete vor, andere brachen ihren Aufenthalt vorzeitig ab: die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländer war heuer nennenswert kürzer als im Vorjahr. Zu diesen vorübergehenden kommen als Faktoren größerer Beständigkeit: die *internationale Konjunkturschwäche* und die *Folgen der Erdölkrise*. Das langsamere Wachstum der Einkommen, höhere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, größere Unsicherheit der Einkommenserwartungen und die Verteuerung der Reisekosten haben überall zu einem Rückgang des Tourismus geführt; auf Österreich wirkte sich diese Schwäche aus zwei Gründen stärker aus: erstens hat die *De-facto-Aufwertung* Österreich-Urlaube für Gäste aus Abwertungsländern stark verteuert (die Übernachtungen von Engländern waren um 55%, von Italienern um 28½% und von Amerikanern um 26% niedriger als im Vorjahr) und die Konkurrenzverhältnisse zu Lasten Österreichs verschoben. Zweitens ist die *Struktur des österreichischen Sommer-Fremdenverkehrs* besonders auf Gäste der unteren deutschen Mittelschicht ausgerichtet, die vom langsameren Wachstum der Einkommen und der größeren Unsicherheit besonders betroffen sind. Die einseitige Orientierung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft, insbesondere der Privatzimmervermietung auf diese Schichten<sup>1)</sup>, hatte bisher eher Vorteile, weil die Nachfrage dieser Schichten besonders rasch expandierte; demgemäß wuchsen die Übernachtungen in Privatquartieren in den letzten fünf Sommerhalbjahren um 42%, in gewerblichen Betrieben jedoch nur um 24½%. Die Fremdenverkehrspolitik wird überlegen müssen, ob Österreich auch in Zukunft durch sein Angebot diese Schichten besonders ansprechen möchte, um bei größerer Krisenanfälligkeit vom raschen Wachstum zu profitieren, oder durch breitere Streuung die Gefahr von Wachstumsschwankungen verringern möchte.

Der Geschäftsgang des **Handels** läßt, nach der kräftigen durch die Zurückhaltung im Vorjahr bedingten Expansion zu Jahresbeginn, zunehmend

<sup>1)</sup> Die Einseitigkeit der Orientierung spiegelt sich in der oben erwähnten Konzentration des Rückganges auf billige Quartiere.

nach. Der *Einzelhandel* verkaufte im Mai 15% (real 4%) mehr als im Vorjahr, nach 18 1/2% (8%) im Durchschnitt der ersten vier Monate. Langlebige Güter, die von der Zurückhaltung im Vorjahr besonders betroffen waren, schnitten weiterhin viel besser ab (real: langlebige +10 1/2%, kurzlebige +1 1/2%), ihre Umsatzsteigerung verlangsamte sich auch relativ weniger. Von den dauerhaften Gütern erzielten Möbel und Heimtextilien (real +24%), optische und feinmechanische Erzeugnisse (+33%) und Elektrowaren (+40%) überdurchschnittliche und ähnlich hohe Zuwächse wie in den Vormonaten, wogegen der Einzelhandel mit Fahrzeugen real um 4% weniger verkaufte (Jänner bis April +5%). Die — teils witterungsbedingte — Abschwächung der Nachfrage nach kurzlebigen Waren betrifft in erster Linie Textilien und Bekleidung, Schuhe, Spielwaren und Sportartikel, Treibstoffe sowie kosmetische Erzeugnisse. Der Einzelhandel mit Brennstoffen (+26 1/2%) und der Gemischtwarenhandel (+13%) konnten ihre Umsätze dagegen stärker steigern als in den Vormonaten. Das Wachstum der Wareneingänge des Einzelhandels (+11%) verringerte sich etwas stärker als das der Umsätze, so daß Lager abgebaut wurden.

Die Umsätze des *Großhandels* waren im Mai um 20 1/2% (real um 5%) höher als im Vorjahr nach 32% (16%) im Durchschnitt der Vormonate. Den stärksten realen Zuwachs konnte der Großhandel mit Agrarprodukten und Lebensmitteln erzielen (+11 1/2%), Rohstoffe und Halberzeugnisse wurden wegen der außergewöhnlich starken Preissteigerungen (+39 1/2%) um 5 1/2% weniger verkauft als vor einem Jahr. Besonders schwach stiegen die Umsätze von Mineralölprodukten, Baumaterial, Eisen und NE-Metalle, wofür teils Angebots-, teils Nachfragefaktoren maßgebend sein dürften. Die Umsätze von Fertigwaren nahmen bei wachsendem Preisaufrtrieb real bloß um 7% zu. Die Wareneingänge wuchsen ebenfalls merklich langsamer (+16 1/2%) und zum Unterschied von der bisherigen Entwicklung auch etwas schwächer als die Umsätze (+20 1/2%). Die Lager wurden abgebaut.

**Umsätze des Groß- und Einzelhandels<sup>1)</sup>**  
(Real)

	April 1974	Mai 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Großhandel insgesamt	+12.1	+ 4.9
davon Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+17.5	+11.6
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 1.1	- 5.6
Fertigwaren	+15.6	+ 6.8
Einzelhandel insgesamt	+ 6.1	+ 3.8
davon kurzlebige Güter	+ 3.4	+ 1.7
langlebige Güter	+15.8	+10.6

<sup>1)</sup> Berechnung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

Die Dynamik des *Außenhandels* blieb im Berichtsmonat beachtlich, erreichte aber doch nicht mehr die Werte der Vormonate.

In der *Ausfuhr* (+26%) geht die Abschwächung vor allem auf geringere Zuwächse der Rohstoff- und Brennstoffexporte zurück (+3%, davon Holz -1 1/2%, Strom -41%) Investitionsgüter (+13 1/2%) und Konsumgüterexporte (+25 1/2%) wuchsen bloß wenig langsamer als in den Vormonaten, halbfertige Waren (+51%) gleich rasch. Die bisher schwachen Nahrungs- und Genußmittelexporte haben sich kräftig belebt (+58%).

In der *Einfuhr* (+14%) geht die schwächere Entwicklung primär auf die Investitionsgüter zurück, die zum ersten Male unter dem Vorjahrswert blieben (-9%), nachdem sie noch im Mai um 13 1/2% gewachsen waren. Die Konsumgütereinfuhr war nur noch um 4 1/2% höher als im Vorjahr (Mai +22%), die Importe von Nahrungs- und Genußmitteln, die im Vormonat stagnierten bzw. rückläufig gewesen sind, waren um 16 1/2% niedriger. Bei Rohstoffen (einschließlich Brennstoffen +68%) und bei halbfertigen Waren (+25 1/2%) hat sich der Importzuwachs im Juni kaum abgeschwächt.

Die höchste Dynamik wies der *Außenhandel* mit den Entwicklungsländern (Exporte +46%, Importe +108 1/2%) und den Oststaaten (+43 1/2%, +43%) auf. In die EWG 1973 wurde um 15% mehr exportiert, in die EFTA 1973 um 22 1/2%. Die Einfuhr aus der EFTA 1973 ist um 3 1/2% zurückgegangen aus der EG 1973 ergab sich eine Zunahme von 6 1/2%.

**Außenhandel<sup>1)</sup>**

	Mai 1974		Juni 1974	
	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<b>Ausfuhr insgesamt</b>	11.85	+33.3	10.37	+25.7
davon				
Investitionsgüter	2.34	+19.1	2.03	+13.3
Konsumgüter	4.61	+33.0	4.03	+25.3
Rohstoffe	1.40	+30.0	1.28	+ 3.2
Halbfertigwaren	3.07	+54.8	2.66	+51.0
Maschinen und Verkehrsmittel	2.69	+13.9	2.36	+16.9
<b>Einfuhr insgesamt</b>	15.06	+26.9	12.78	+14.1
davon				
Investitionsgüter	2.59	+14.0	2.07	- 8.5
Konsumgüter	5.51	+21.8	4.42	+ 4.6
Rohstoffe	2.94	+61.5	2.92	+67.9
Halbfertigwaren	3.09	+32.1	2.66	+25.4
Maschinen und Verkehrsmittel	4.32	+39.8	3.49	- 8.4

<sup>1)</sup> Ohne Aus- und Einfuhr von Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr; Kursivwerte sind nicht korrigierte Werte.

Das relativ raschere Exportwachstum senkte das *Defizit der Handelsbilanz* auf 2.43 Mrd. S, um 0.39 Mrd. S weniger als im Vorjahr. Zugleich sank jedoch auch der Überschuß der Dienstleistungsbilanz um 1.34 Mrd. S auf 1.93 Mrd. S, so daß die Leistungs-

**Zahlungsbilanz**

	1973		1974	
	Mai	Juni	Mai	Juni
	Mrd. S			
Leistungsbilanz ..	-1 06	+0 56	-1 56	-0 43
davon Handelsbilanz	-2 60	-2 82	-2 85	-2 43
Dienstleistungsbilanz	+1 49	+3 27	+1 21	+1 93
Grundbilanz	-0 62	+1 40	-1 30	-0 53
Veränderung der Währungsreserven	-0 55	+1 21	-0 64	+1 51
davon Notenbank	-0 16	+0 48	+0 51	+0 57
Kreditunternehmen	-0 40	+0 73	-1 16	+0 94

bilanz mit einem Defizit von 0 43 Mrd. S schloß (im Vorjahr 0 56 Mrd. S Überschuß). Dank Deviseneinnahmen unter dem Titel ‚statistische Differenz‘ (2½ Mrd. S) konnten die Währungsreserven trotz ausgeglichener Kapitalbilanz und trotz eines buchmäßigen Wertverlustes aus der De-facto-Aufwertung des Schilling um 1 51 Mrd. S (im Vorjahr 1 21 Mrd. S) zunehmen. Die Devisenbestände der Notenbank stiegen um 0 57 Mrd. S, die Kreditunternehmen bauten ihre kurzfristige Netto-Auslandsverpflichtung um fast 1 Mrd. S auf 12 29 Mrd. S ab, verminderten geringfügig das Refinanzierungsobligo gegenüber der Notenbank (um 0 20 Mrd. S auf 7 64 Mrd. S) und stockten gleichzeitig die Kassenliquidität um ½ Mrd. S auf 15 83 Mrd. S auf.

Der Schilling-Kurs ist seit der Verdoppelung der autonomen Kursmargen gegenüber den am Blockfloaten teilnehmenden Währungen — die Notierungen können nun bis zu ±4½% von den errechneten Paritäten abweichen — weiter gestiegen. Mit Importanteilen der westeuropäischen Handelspartner gewichtet, stieg der Wechselkursindex von April bis Juli um 3 4% und erreichte damit wieder das Niveau von 1960. Der mit Exportanteilen der westeuropäischen Partnerländer gewogene Wechselkursindex zog von April bis Juli um 3 0% an und übertraf damit das Niveau von 1960.

**Wechselkursindex für Westeuropa**

	Gewogen mit			
	Importanteilen		Exportanteilen	
	des Vorjahres			
	1973	1974	1973	1974
	Ø 1960 = 100			
Jänner	94 53	96 74	98 68	104 21
Februar	94 88	97 03	99 15	104 67
März	95 14	96 94	100 04	104 75
April	95 28	97 20	100 34	105 44
Mai	95 39	98 97	100 47	107 41
Juni	96 08	100 31	102 20	108 78
Juli	98 02	100 55	105 52	108 64
August	97 72		105 00	
September	97 36		104 79	
Oktober	97 23		104 71	
November	97 08		103 95	
Dezember	97 13		103 88	

Die Kredite an inländische Nicht-Banken wurden im Juni um 4 11 Mrd. S ausgeweitet, etwa gleich stark wie im Vorjahr. Der Kreditzuwachs überschritt den

Limes um 0 5 Prozentpunkte. Auf Sparkonten wurden netto 1 56 Mrd. S eingelegt, um rund ⅓ Mrd. S weniger als im Vorjahr. Aus dem Absatz eigener Emissionen erlöste der Kreditapparat 0 91 Mrd. S

Von den Neuemissionen im Juni (Nominale 1 60 Mrd. S) konnte nicht ganz die Hälfte (46½%) bei der Bankenkundschaft untergebracht werden. Die sommerliche Emissionspause wird voraussichtlich bis Oktober dauern. Auf dem Sekundärmarkt herrschte infolge der angekündigten Zinsbonifikationen eine freundliche Tendenz. Auf dem Aktienmarkt verlief die Geschäftstätigkeit bei leicht anziehendem Kursniveau (+0 7%) ruhig.

Die Abgabenerträge des Bundes wuchsen weiterhin kräftig. Brutto gingen im Juli 10 81 Mrd. S ein, um 26½% mehr als im Vorjahr, netto verblieben dem Bund 6 07 Mrd. S. Die Nettoeinnahmen stiegen etwas schwächer (+20%) als in den vorangegangenen Monaten, weil die Überweisungen stark zunahm (+36½%). Die Verlagerung des Steueraufkommens zu den direkten Steuern hielt weiter an. Sie stiegen im Juli mit 48½% erheblich stärker als die indirekten Steuern (+16%). Unter den direkten Steuern erbrachten vor allem die Lohnsteuer (+78%) und die veranlagte Einkommensteuer (+40½%) hohe Zuwachsraten. Die Steigerungsrate der Lohnsteuereinnahmen ist allerdings verzerrt, weil sie im Vergleichsmonat des Vorjahres durch die Umstellung der Bundesverrechnung auf EDV besonders niedrig ausgewiesen wurden. Die Einkommensteuererträge enthalten hohe Abschlußzahlungen auf Grund der günstigen Gewinnentwicklung des Jahres 1972.

Unter den indirekten Steuern erbrachte die Mehrwertsteuer um 9% höhere Einnahmen. Die Zuwachsrate liegt unter der der nominellen Einzelhandelsumsätze im Mai (+15%) und dürfte durch hohe Vorsteuerabzüge gedämpft sein. Die Investitionssteuer erbrachte 0 72 Mrd. S, die Altanlagenentlastung kostete 0 17 Mrd. S. Die Zolleinnahmen (+6½%) sind durch die Zollsenkungen zu Jahresbeginn gedämpft. An speziellen Verbrauchsteuern gingen um 13% weniger ein als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Einnahmen an Mineralölsteuer waren wegen des rückläufigen Benzinabsatzes um 15% geringer, die Tabaksteuer brachte um 14½% weniger Einnahmen als im Vorjahr.

**Abgabenerfolg des Bundes**

	Juni 1974		Juli 1974	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Direkte Steuern	6 21	+49 7	4 20	+48 5
Indirekte Steuern	5 90	+ 5 6	6 61	+15 8
Abgaben brutto	12 11	+24 4	10 81	+26 6
Abgaben netto	8 81	+27 1	6 07	+20 0

Die Preise entwickelten sich zur Jahresmitte einheitlich. Der Index der *Großhandelspreise* stieg von Juni auf Juli um 0,9% (ohne landwirtschaftliche Saisonwaren 1,1%), sein Abstand vom Vorjahrsniveau vergrößerte sich auf 16,2% (17,5%) und erreichte damit nahezu wieder den Höchstwert des Frühjahres. Die Dreimonats-Veränderungsrate des Großhandelspreisindex ohne Saisonprodukte verringerte sich dank günstiger Nahrungsmittelpreise leicht auf 2%, ohne Agrarerzeugnisse blieb sie mit 2,8% unverändert hoch. Die gedrückten Agrarpreise (+1,5%) tragen weiterhin stark zur Dämpfung der Teuerungsrate im Großhandel bei (Index ohne Agrarerzeugnisse +24,5%). Die Rohstoffpreise gaben nach der Tendenzwende auf den Weltmärkten bereits den dritten Monat nach. Ihr Vorjahrsabstand sank von 35,5% im April auf 15% im Juli. Die übrigen Warengruppen dagegen verzeichneten fast durchgehend kräftige Preiserhöhungen: feste Brennstoffe kosteten um 20% mehr als im Juli 1974 (Brennstoffe insgesamt +35,5%); die nachgebenden Preise einiger Halbwaren wurden durch die kräftige Verteuerung von Eisen und Stahl (+46%) mehr als aufgewogen (Halberzeugnisse insgesamt +32%). Auch die Fertigwarenpreise zogen fast durchwegs wieder stark an (+13,5%); die größten Preissteigerungen verzeichnen nach wie vor Investitionsgüter, aber auch die Teuerungsrate der Verbrauchsgüter hat nunmehr die 10%-Marke überschritten.

Der *Verbraucherpreisindex* erhöhte sich im Juli um 0,1%, sein Abstand vom Vorjahrsniveau verringerte sich wieder leicht auf 10,0%. Der Indexverlauf wurde durch die Preise landwirtschaftlicher Saisonwaren gedämpft, die nach dem Preissprung im Juni wieder sanken. Aber auch der Index ohne Saisonprodukte wies mit 0,3% die geringste Monatsveränderung seit über zwei Jahren auf, seine Dreimonats-Veränderung war mit 1,3% die niedrigste seit fast einem Jahr, seine Jahressteigerungsrate gab leicht auf 10,2% nach. Die saisonunabhängigen Nahrungsmittel blieben im Durchschnitt stabil und waren um 10% (Nahrungsmittel insgesamt +9,5%) teurer als 1973; vereinzelt Preissenkungen erfolgten vor allem bei Produkten, die im letzten Jahr besonders starken Preiserhöhungen unterworfen gewesen waren; Fleischwaren (+5% Juli 1973/1974) verteuerten sich in den letzten Monaten unterdurchschnittlich. Der Aufwand für Beleuchtung und Beheizung (+14,5%) stieg durch Preiserhöhungen bei festen Brennstoffen. Anhaltend stark zogen die Preise für Hausrat an (+11% Juli 1973/1974), industrielle und gewerbliche Waren insgesamt dagegen unterlagen nicht mehr so kräftigen Preiserhöhungen wie in den Vormonaten (+9% gegenüber dem Vorjahr).

Die ruhige Lohnentwicklung hält an. Das *Tariflohn*-niveau erhöhte sich gegen Jahresmitte nur wenig,

die Lohndrift blieb infolge der leichten Entspannung des Arbeitsmarktes relativ schwach. Zu Sommerbeginn kündigten einige Kollektivvertragsabschlüsse (Textilindustrie, Zuckerindustrie) die neue Lohnrunde an; die Lohnanträge für den Großteil der Industriebeschäftigten wird die Paritätische Kommission im September behandeln, so daß der Schwerpunkt der Lohnbewegungen in den Herbst fallen dürfte. Das Tariflohniveau stieg im Juli um 3%, ohne öffentlichen Dienst um 1%. Neben der Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst um 10% fielen vor allem Mindestloohnerhöhungen in der Textilindustrie ins Gewicht: Die vereinbarten Lohnsteigerungsraten (+15,5%) lagen trotz kürzerer Laufzeit der Verträge (13 Monate) beträchtlich über jenen der letzten Lohnrunde (damals blieben die Abschlüsse der Textilbranche hinter jenen der meisten anderen Wirtschaftszweige zurück). Das Tariflohniveau lag im Juli insgesamt um 15%, ohne öffentlichen Dienst um 15,5%, in der Industrie um 15% höher als 1973.

Die *Effektivverdienste* der Industriebeschäftigten lagen im Mai wie schon im Vormonat um 17,5% über dem Vorjahrsniveau, die Sonderzahlungen wurden nach einer Pause im I. Quartal wieder überdurchschnittlich ausgeweitet (Monatsverdienste ohne Sonderzahlungen +16%). Die Lohndrift hält sich trotz wachsendem Abstand von der letzten Lohnrunde in Grenzen: Die Brutto-Drift betrug im Mai wie im April +1%, die Netto-Drift (pro Arbeiterstunde, ohne Sonderzahlungen) wurde wieder negativ. Seit Jahresbeginn ist im Einklang mit der leichten Entspannung des Arbeitsmarktes nahezu keine Netto-Drift mehr aufgetreten, nachdem sie unmittelbar nach der Lohnrunde relativ stark gewesen war (kumulativ +2,75% September/Dezember 1973); der Überzahlungsprozentsatz der Industriearbeiterlöhne (ohne Sonderzahlungen) ist immer noch geringer als vor dem Höhepunkt der letzten Lohnrunde im August 1973. In der Bauwirtschaft geht die Lohndrift seit den Tarifloohnerhöhungen vom April zurück (brutto von +8% im März auf -2% im Mai); der Vorjahrsabstand der Effektivverdienste war im Mai mit +13% niedriger als in den Vormonaten; pro Stunde stiegen die Verdienste der Bauarbeiter weiterhin etwas mehr als die Tariflohnsätze (+15%).

#### Preise und Löhne

	Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandelspreisindex <sup>1)</sup>	+15,6	+14,6	+16,2
Verbraucherpreisindex 66 mit Saisonprodukten	+9,6	+10,2	+10,0
ohne Saisonprodukte	+10,3	+10,3	+10,2
Brutto-Monatsverdienst je Industriebeschäftigten	+17,4		
Tariflohnindex 66 Industriebeschäftigte	+16,6	+14,5	+14,9

<sup>1)</sup> Ohne Mehrwertsteuer